

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Volle Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vier täglich 10 Pf. ohne Ziffern. — Einzelne Nummern
7 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 2.
Gemeinderverbands-Girokonto Nr. 3. — Postbank-
konto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die Lebendpost: 5 Pf.
Wo. außerhalb des Bezirks
hauptmannschafts: 7 Pf. im umliegenden Land bzw.
von Behörden die Zeile 20 Pf. — Einzelblatt 10 Pf.
Reklame 20 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jähne. — Druck und Verlag: Carl Jähne in Dippoldiswalde.

Nr. 287

Sonntag den 10. Dezember 1922

88. Jahrgang

Brennholzversteigerung.

Dienstag den 12. 12. abends 6 Uhr im Rathaus: Versteigerung von 17/4. Amt. harte Rössen, 86 Langhäusern, 1 Ahorn- und 2 Kirschbaumkübler. Vorherige Bestichtigung der Hölzer (Albertpark) wird empfohlen.

Dippoldiswalde. Der Stadtrat.

Vertliches und Sachsisches

Dippoldiswalde. Was soll ich als kirchliches Notopfer zahlen? Bis 1919 wurden die Kirchensteuern als sogenannte Anlagen mit den Schul- und Gemeindeanlagen eingehoben, sodass sie vielen nicht zum Bewusstsein kamen. 1920 trat die Erzbergerische Steuerumwidlung in Kraft, die die Steuergefeige und die gut eingearbeiteten Steuerbehörden gleichzeitig einlief. Dadurch entstand Überlastung der neuen Behörden und Verzögerung der Steuerberechnung und -erhebung. Um rasch Geld fürs Reich zu schaffen, erhob man außer dem 10%igen Lohnabzug eine vorläufige Steuer, die durch eine endgültige Berechnung auf den gesetzlichen Saß gebracht wurde. Kein Wunder, dass die Steuerzeitel spät herauftauchten; der vorläufige auf 1920 erschien erst am 1. April 1921, der endgültige für 1920, zugleich vorläufiger für 1921 erst am 1. April 1922. Im Sommer 1922 verbot der Reichsfinanzminister, um Arbeit zu sparen, die jährliche doppelte Steuererhebung, leider aber auch die nachträgliche, endgültige Kirchensteuer für 1921, die wegen Steigerung des Einkommens ergiebig gewesen wäre. Die Kirchensteuer für 1922 wird kaum vor Juni 1923 eingehen. Der Kirche fehlen also die Steuern auf fast zwei Jahre, vom Sommer 1921 bis dahin 1923. Das beträgt für die Landeskirche Millionen, für unsere Kirchengemeinde Hunderttausende. — Um dem Mangel abzuhelfen, ergibt in diesen Tagen an alle evangelisch-lutherischen Gemeindeglieder die Bitte um ein kirchliches Notopfer. Wieviel soll man dazu geben? Im Frieden wurden jährlich bei uns 7100 M. Kirchensteuern erhoben. Davon brachten wir nicht etwa den heutigen Wert, aber doch trost sparsamster Wirtschaft 50%. Gabe also jeder nach seinen Kräften. Wenn er nicht am Werte des Brotes, der Wurst, der Margarine usw., wird er sich wohl sagen, dass er nicht gut unter dem Maßstab des leichten Kirchensteuertals spenden kann; beträgt doch die Temperatur das 300—400fache. Kirchenvorstände rufen die Leute mit den Kirchensteuern grauen zu machen und zum Austritt zu bewegen, mit Unrecht. Ein Arbeiter würde jährlich kaum den Wert von 1 oder 2 Arbeitsstunden zu opfern haben; und bei den Dissidenten ist es auch nicht umsonst. Die Landwirte sind uns in der Getreideabgabe mit gutem Beispiel vorangegangen; folgen wir Ihnen! Halte fest am Glauben, er ist die stetige Stütze, wenn alles um Dich wankt!

— Vergelt die hungrenden Vögel nicht! Eine hohe Schneedecke deckt Wald und Fluß, und die kleinen gefiederten Sänger sitzen in Bäumen und Sträuchern, hungrig und frieren. Wir wissen ja jetzt selbst nur zu oft, wie woh der Hunger tut. So viel aber, um ein paar Vögeln fett zu machen, ist doch sicher noch da, Brotrümen, Brotstücke, die zum eigenen Genuss nicht taugen. Und daher die Bitte: Vergelt die hungrenden Vögel nicht, streut ihnen Futter, jetzt, wo sie nichts finden. Sie werden danken mit ihrem Gesang im kommenden Frühjahr.

— Stern-Lichtspiele. Am Sonntag wird der wunderbare erfolgreiche Lya-Mara-Monumentalfilm "Tanja, die Frau an der Kette" aufgeführt. Lya Mara, die gegenwärtig beliebteste Künstlerin Deutschlands, vereint in ihrer Person Schönheit und Jugend, Eleganz und Grazie, Kunst und Charme. (Näheres im Inserat.)

Lauenstein. Da durch die überhandgenommenen Passherren die bisherigen Gefängnisräume dauernd "voll besetzt" sind, hat sich die Gerichtsbehörde veranlasst gesehen, zur Entlastung des Gefängnisbeamten zwei Hilfskräfte aus Dresden hier einstweilig einzustellen. — Neuerer Verordnung folge auch Frauen zu Schöffenhörungen hinzugetreten. Ärztlich wurde deshalb für das bisherige Schöffengericht Frau Krödel sen. und Frau Oberlehrter Märsch als Hilfsköchin gewählt.

Wendischardsdorf. Einem Schlaganfall erlag am Donnerstag der Verwalter des Staatsforstreviers Wendischardsdorf, Forstmeister Paul Moritz Sachse. Nur wenige Tage waren ihm zur Verwaltung des räumlich weit ausgedehnten und doch schönen Reviers vergönnt.

Kreischa. Die Postwirtschaftsbahn hat den Fahrpreis für die ganze Strecke ab 6. Dezember auf 100 M. erhöht, für die Teilstrecken dem entsprechend. Der Wagen ab Kreischa 727 fährt verkehrt jetzt gegen 7. 0. Eingeteilt wird ein neuer Wagen 322 nachmittags ab Kreischa, an Niederseiditz 43. Der Gegewagen verlässt 410 Niederseiditz, an Kreischa 410.

Nippßen. Der Gemeinderat beschloß entsprechend dem Vorschlag des Schulausschusses Lernmittelfreiheit für das Schuljahr 1923.

Rabenau. Nach einem Bericht aus der Stadtverordnetenversammlung plant die Amtshauptmannschaft Dresden-A. eine Neuordnung der Schornsteinfegerkehrbezirke. Rabenau soll mit einigen Gemeinden des Dippoldiswalder Bezirks einen eigenen Bezirk bilden. Vorbehaltlich der kreishauptmannschaftlichen Genehmigung trifft die neue Verordnung am 1. Januar 1923 in Kraft. — Wegen der überprochenen Wohnungsnutzung und in Erwartung von Bauhostenabschaffung für 1923 werden 3 Wohnhäuser an der Fichtestraße geplant.

Dresden. Die kommunistische Fraktion des Landtags hat eine Anfrage an die Regierung gebracht, ob der sächsische Ministerpräsident sich bei der Befreiung der Ministerpräsidenten der Länder ebenfalls mit den politischen Richtlinien des Reichskabinetts einverstanden erklärt habe, und ob das Finanzministerium mit dieser Haltung des Ministerpräsidenten einverstanden sei. — Weitere beschwert sich das kommunistische Organ in Chemnitz darüber, dass die sozialdemokratische Regierung keinen Finger rührte, um dem Treiben der "sächsischen Faschisten" ein Ende zu machen, und fragt, ob Herr Spinelli warten wolle, bis die Arbeiter selbst "mit dem reaktionären Feind" auseinanderziehen.

Geh. Konfessoriat Dr. Roelisch, Superintendent und Prediger an der Universität Leipzig zum Ehrendoktor ernannt.

— Während der Zeit zwischen Landtagssitzung und Zusammenkunft des neuen Landtages hat das Gesamtministerium 14 Notverordnungen erlassen; diese sind jetzt dem Landtage zur Genehmigung vorgelegt worden.

— Eine Eingabe wegen Verbilligung der Schulbücher. Mit Rücksicht auf die kolossale Versteigerung der Schulbücher, die es vielen Eltern unmöglich macht, dass Kinder in den höheren Lehranstalten zu belassen, hat der Bürgerverein der deutschen Buchhändler, der Deutsche Verlegerverein und der Deutsche Musikalienverlegerverein an den Reichswirtschaftsminister eine Eingabe gerichtet, in der darauf hingewiesen wird, dass seitens des Reichswirtschaftsministeriums darauf hingewiesen werden müsse, den Papierfabriken für die Verlage Papierholz zu erheblich ermäßigten Preisen zur Verfügung zu stellen, die Beförderung des Papiers zu halben Frachtlöhnen, Beförderung von Büchern, Musikalien und Zeitschriften durch die Reichspost und Reichsbahn zur Hälfte der jeweiligen Porti und Frachten erfolgen zu lassen.

Ferner weist die Eingabe darauf hin, dass im Buchhandel, wie in keinem anderen Industriezweig, fast ausschließlich kleine und kleinste Sendungen in Frage kommen, so dass mittlere Firmen schon jetzt monatlich mehrere 100 000 M. dafür ausgeben müssen.

Gegen die Erhöhung der Umsatzsteuer. Wie aus Dresden gemeldet wird, äußerte die dortige Handelskammer die schwersten Bedenken gegen die geplante Erhöhung der Umsatzsteuer von 2 auf 2 1/2% ab 1. Januar 1923. Sie hob hervor, dass die Umsatzsteuer zum Teil nicht mehr abwälzbar sei. Infolge der großen Markterschütterungen sei eine sichere und steife Preisberechnung nicht mehr möglich. Der Zeitpunkt für die Erhöhung der Umsatzsteuer sei also denkbar ungünstig. Die Erhöhung werde nur den heimischen, unloslichen Handel begünstigen, der keine Steuern zahle. Vor allem ist notwendig, die schwer leidenden freien Berufe von der Umsatzsteuer zu befreien, da sie — leider — nicht mit Waren handeln.

— Die deutschationale Landtagsfraktion hat folgende Anfrage an die Regierung eingebracht: Dem Vereinnehmen noch gegen eine Anzahl katholischer Schüler und Schülerinnen, insbesondere höherer Lehranstalten, Maßregelungen erfolgt, weil sie an dem katholischen Festtag Allerheiligen dem Unterricht fernbleiben sind, und es ist für den Fall eines weiteren Fernbleibens an solchen Feiertagen die Entlassung angedroht worden. Ist die Regierung bereit, diese Eingriffe in die ungehörtete Religionsausübung zurückzunehmen und von weiteren Maßnahmen dieser Art abzusehen, solange nicht die Rechtsmöglichkeit der hier zur Anwendung gebrachten Verordnungen des Kultusministeriums zweifelsfrei festgestellt ist?

— Auf die von den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Sachsen an die Reichsregierung gerichtete Anfrage wegen der Entschädigung der bei dem letzten Versicherer geschädigten Geschäftsführer hat die Reichsregierung folgende Antwort gegeben: Infolge der seit dem Erlös des Turmfläschengesetzes vom 12. 5. 1920 außerordentlich gesteigerten Goldentwertung werden die Folie der Verfolgung eines Erfahrungsspruches, weil durch den Schaden das wirtschaftliche Bestehen des Betriebes nicht gefährdet ist, obwohl sel tener geworden sein. Andererseits erscheint der Reichsregierung in den verhältnismäßig wenig Fällen, in denen der § 2 Abs. 1 des Gesetzes noch in Frage kommt, seine Wirklichkeit noch gerade in erhöhtem Maße geboten. Im übrigen macht es die seit der Verkündung des Turmfläschengesetzes erheblich verschlechterte Finanzlage des Reiches für die Reichsregierung weniger als je vertretbar, den Gedanken einer Belebung der Bedürftigkeitsklausel hinsichtlich der Sachschäden zu berücksichtigen. Zu deutsch: Die Reichsregierung ist nicht dafür, dass der enggezogene Kreis, der nach dem Turmfläschengesetz Entschädigungsberechtigten erweitert wird.

— Der Landwirtschaftliche Ausschuss der Deutschen demokratischen Partei Sachsen erklärte, dass die vor kurzem vorgenommene Erhöhung des Milchpreises das unbedingt notwendige Maß überschritten habe und dass die neuerdings von sächsischen Wirtschaftsministerium vorgenommene Ermäßigung des Milchpreises von der Landwirtschaft so lange anerkannt werden könne, solange nicht neue Erhöhungen der Selbstkosten eintreten. Dagegen bezeichnete der Ausschuss das wirtschaftliche Bestehen des Betriebes nicht gefährdet ist, obwohl sel tener geworden sein. Andererseits erscheint der Reichsregierung in den verhältnismäßig wenig Fällen, in denen der § 2 Abs. 1 des Gesetzes noch in Frage kommt, seine Wirklichkeit noch gerade in erhöhtem Maße geboten. Im übrigen macht es die seit der Verkündung des Turmfläschengesetzes erheblich verschlechterte Finanzlage des Reiches für die Reichsregierung weniger als je vertretbar, den Gedanken einer Belebung der Bedürftigkeitsklausel hinsichtlich der Sachschäden zu berücksichtigen. Zu deutsch: Die Reichsregierung ist nicht dafür, dass der enggezogene Kreis, der nach dem Turmfläschengesetz Entschädigungsberechtigten erweitert wird.

— Der Landwirtschaftliche Ausschuss der Deutschen demokratischen Partei Sachsen erklärte, dass die vor kurzem vorgenommene Erhöhung des Milchpreises das unbedingt notwendige Maß überschritten habe und dass die neuerdings von sächsischen Wirtschaftsministerium vorgenommene Ermäßigung des Milchpreises von der Landwirtschaft so lange anerkannt werden könne, solange nicht neue Erhöhungen der Selbstkosten eintreten. Dagegen bezeichnete der Ausschuss das wirtschaftliche Bestehen des Betriebes nicht gefährdet ist, obwohl sel tener geworden sein. Andererseits erscheint der Reichsregierung in den verhältnismäßig wenig Fällen, in denen der § 2 Abs. 1 des Gesetzes noch in Frage kommt, seine Wirklichkeit noch gerade in erhöhtem Maße geboten. Im übrigen macht es die seit der Verkündung des Turmfläschengesetzes erheblich verschlechterte Finanzlage des Reiches für die Reichsregierung weniger als je vertretbar, den Gedanken einer Belebung der Bedürftigkeitsklausel hinsichtlich der Sachschäden zu berücksichtigen. Zu deutsch: Die Reichsregierung ist nicht dafür, dass der enggezogene Kreis, der nach dem Turmfläschengesetz Entschädigungsberechtigten erweitert wird.

— Der Landwirtschaftliche Ausschuss der Deutschen demokratischen Partei Sachsen erklärte, dass die vor kurzem vorgenommene Erhöhung des Milchpreises das unbedingt notwendige Maß überschritten habe und dass die neuerdings von sächsischen Wirtschaftsministerium vorgenommene Ermäßigung des Milchpreises von der Landwirtschaft so lange anerkannt werden könne, solange nicht neue Erhöhungen der Selbstkosten eintreten. Dagegen bezeichnete der Ausschuss das wirtschaftliche Bestehen des Betriebes nicht gefährdet ist, obwohl sel tener geworden sein. Andererseits erscheint der Reichsregierung in den verhältnismäßig wenig Fällen, in denen der § 2 Abs. 1 des Gesetzes noch in Frage kommt, seine Wirklichkeit noch gerade in erhöhtem Maße geboten. Im übrigen macht es die seit der Verkündung des Turmfläschengesetzes erheblich verschlechterte Finanzlage des Reiches für die Reichsregierung weniger als je vertretbar, den Gedanken einer Belebung der Bedürftigkeitsklausel hinsichtlich der Sachschäden zu berücksichtigen. Zu deutsch: Die Reichsregierung ist nicht dafür, dass der enggezogene Kreis, der nach dem Turmfläschengesetz Entschädigungsberechtigten erweitert wird.

— Der Landwirtschaftliche Ausschuss der Deutschen demokratischen Partei Sachsen erklärte, dass die vor kurzem vorgenommene Erhöhung des Milchpreises das unbedingt notwendige Maß überschritten habe und dass die neuerdings von sächsischen Wirtschaftsministerium vorgenommene Ermäßigung des Milchpreises von der Landwirtschaft so lange anerkannt werden könne, solange nicht neue Erhöhungen der Selbstkosten eintreten. Dagegen bezeichnete der Ausschuss das wirtschaftliche Bestehen des Betriebes nicht gefährdet ist, obwohl sel tener geworden sein. Andererseits erscheint der Reichsregierung in den verhältnismäßig wenig Fällen, in denen der § 2 Abs. 1 des Gesetzes noch in Frage kommt, seine Wirklichkeit noch gerade in erhöhtem Maße geboten. Im übrigen macht es die seit der Verkündung des Turmfläschengesetzes erheblich verschlechterte Finanzlage des Reiches für die Reichsregierung weniger als je vertretbar, den Gedanken einer Belebung der Bedürftigkeitsklausel hinsichtlich der Sachschäden zu berücksichtigen. Zu deutsch: Die Reichsregierung ist nicht dafür, dass der enggezogene Kreis, der nach dem Turmfläschengesetz Entschädigungsberechtigten erweitert wird.

— Der Landwirtschaftliche Ausschuss der Deutschen demokratischen Partei Sachsen erklärte, dass die vor kurzem vorgenommene Erhöhung des Milchpreises das unbedingt notwendige Maß überschritten habe und dass die neuerdings von sächsischen Wirtschaftsministerium vorgenommene Ermäßigung des Milchpreises von der Landwirtschaft so lange anerkannt werden könne, solange nicht neue Erhöhungen der Selbstkosten eintreten. Dagegen bezeichnete der Ausschuss das wirtschaftliche Bestehen des Betriebes nicht gefährdet ist, obwohl sel tener geworden sein. Andererseits erscheint der Reichsregierung in den verhältnismäßig wenig Fällen, in denen der § 2 Abs. 1 des Gesetzes noch in Frage kommt, seine Wirklichkeit noch gerade in erhöhtem Maße geboten. Im übrigen macht es die seit der Verkündung des Turmfläschengesetzes erheblich verschlechterte Finanzlage des Reiches für die Reichsregierung weniger als je vertretbar, den Gedanken einer Belebung der Bedürftigkeitsklausel hinsichtlich der Sachschäden zu berücksichtigen. Zu deutsch: Die Reichsregierung ist nicht dafür, dass der enggezogene Kreis, der nach dem Turmfläschengesetz Entschädigungsberechtigten erweitert wird.

mit dem Verbande der erzgebirgischen Spiel- und Holzwareninteressenten zwecks Zurückstellung der benötigten Holzmengen ins Vernehmen zu treten. Diese Holzmengen sollen nach der Auktion an die betreffenden Betriebe zu den erzielten Durchschnittspreisen abgegeben werden.

Glauchau. Die Arbeitslosigkeit nimmt jetzt immer umfangreichere Formen an, auch bei uns in Glauchau. Wenn in den letzten Wochen noch mit einer ganz minimalen Ziffer gerechnet zu werden brauchte, so ist heute die Zahl 100 bereits überschritten.

nicht nur im Baugewerbe machen sich Entlassungen notwendig, sondern auch in den Industrien, die bisher in Glauchau gut beschäftigt waren. In der Textilindustrie z. B. machen sich jetzt im steigenden Maße ebensosehr Betriebs einschränkungen notwendig.

Chemnitz. Ein ähnlicher Diebstahl von Kupferdraht an der Eisenbahn, wie er häufig zwischen Harlasgrün und Ruppertsgrün ausgeführt wurde, ist jetzt in Kleinbussen verübt worden. Von der Bahnhofskreuzung werden von der Telegraphenleitung über 300 Meter Bronze-Leitungsdraht, 3 Millimeter stark, abgeschnitten und gestohlen.

Zwickau. Der Wasserzins ist von der Stadt auf 25 M. je Kubikmeter erhöht worden. — Eine hier abgehaltene Mieterversammlung stellte eine Reihe von Forderungen, darunter die Befreiung des Vorstandes des Mietverwaltungsausschusses durch eine andere Person, auf und kündigte für den Fall der Nichtbeachtung für Anfang Januar einen Mieterstreik an.

Zwickau. Diese drohen nichts in die Schuhfabrik von August Blaum. In einer Bleicherei an der Uferstraße wurde ein 35 Jahre alter Bleichereiarbeiter von einer Transmissionswelle erschlagen und mehrere Male herumgeworfen. Er hatte ein Bündel Bandstoff nach der Bleicherei gebracht. Beim Abwerfen blieb ein Ende an der neben der Decke hinschwingenden Transmissionswelle hängen. Im Flu wurde er mit beiden Armen in die Welle gezogen. Außer inneren Verletzungen erlitt er mehrere Rippenbrüche. Auch war der linke Arm mehrere Male gebrochen. Er wurde nach dem Krankenhaus gebracht.

Döbeln i. V. 7. Dezember. Eine Zug- und Nachstern wird für den amtsbaulichen Bezirk Döbeln in Erwägung gezogen. Der Erlös aus dieser Steuer soll zur weiteren Deckung der durch Notstandsmassnahmen im Bezirk erforderlich werden.

Waldenburg. Als dieer Tag ein Verhafteter von der Gendarmerie über die Waldenburger Muldenbrücke geführt wurde, riss er sich plötzlich los und stürzte sich in die angestrahlte Mülde. Er erreichte glücklich das andere Ufer, wurde dort aber aufgehalten. Kurz entschlossen entledigte sich der Ausreißer einer Kleidungsstücke, sprang erneut in das Wasser und verschwand in den Fluten.

Kamenz. Der Gesamthaushaltplan für das Rechnungsjahr 1922 sieht einen Bedarf von 14 700 000 M. vor, dem Deckungsmittel in Höhe von 14 700 000 M. gegenübersteht, so dass sich gegenwärtig ein Fehlbetrag von 6 250 000 M. ergibt. — Ausgeschieden ist aus dem Stadtverordnetenkollegium der sozialdemokratische Stadtverordnete Synnatschke, welcher sich Zigarettensteuern usw. schuldig gemacht hat und seiner Abteilung entgegengetreten.

Bautzen. Eine auffallende und bedeutsame Erscheinung in unserem Wirtschaftsleben ist das Wiederauftreten der Spinnräder in den Lausitzer Bauernstuben. Die hohen Preise für Textilien aus der Industrie machen die Anschaffung von Kleidungsstücken beinahe unmöglich und lassen es ratsam erscheinen, selbst zu spinnen. Der Flachsbaum hat bereits im Kriege in der Lausitz einen wesentlichen Aufschwung genommen. In vielen Bauernhäusern, namentlich in den Dörfern an der sächsisch-preußischen Grenze um Hoyerswerda und weiter nordwärts in der Niederlausitz, hört man heute schon wieder das Spinnrad rattern. Da die Hinterspinnter wieder im Aufschwung begriffen ist, hat sich bereits ein neuer Fabrikationszweig aufgetan, der sich eigens mit der Herstellung von Spinnräder beschäftigt.

Saatenstand im Freistaat Sachsen. Die amtlichen Bewertungszahlen für den Saatenstand in Sachsen zu Anfang Dezember zeigen so gut wie gar keine Veränderungen gegen die Zahlen von Anfang November. Nur bei Winterweizen und Winterroggen ist die Bewertungsziffer von 2,7 und 2,9 auf 3,0 und 2,9 herabgegangen, sonst sind nur Veränderungen von 0,1 oder gar keine zu verzeichnen. Erstaunend wird hierzu vom Statistischen Landesamt noch bemerkt: Infolge der nachhalten Witterung, die auch im letzten Berichtsmonat vorherrschte, sind die Bestellung und alle anderen Herbstarbeiten auf dem Felde noch sehr im Rückstand. Mitunter trugen auch Leistungsmangel und die verkürzte Arbeitszeit dazu bei, insbesondere